

Stand: 28.01.2026 18:12:28

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/6617

"Missbräuchliche Umgehung von Sprachtests im Einbürgerungsverfahren wirksam unterbinden!"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/6617 vom 12.05.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/7233 des VF vom 22.05.2025
3. Beschluss des Plenums 19/7494 vom 10.07.2025
4. Plenarprotokoll Nr. 55 vom 10.07.2025



## **Antrag**

der Abgeordneten **Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler, Ramona Storm und Fraktion (AfD)**

### **Missbräuchliche Umgehung von Sprachtests im Einbürgerungsverfahren wirksam unterbinden!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten mit Nachdruck darauf hinzuwirken, dass bei der Anwendung des Sprachtests im Rahmen von Einbürgerungsverfahren keine Ausnahmeregelungen mehr missbraucht werden können. Konkret soll geprüft werden, wie die bestehenden Regelungen zur Befreiung vom Nachweis deutscher Sprachkenntnisse (z. B. durch Vorlage ärztlicher Atteste) bundesrechtlich so angepasst werden können, dass ein Missbrauch, insbesondere durch unberechtigte oder fragwürdige Atteste, wirksam unterbunden wird. Dabei sollen folgende Maßnahmen in Betracht gezogen werden:

1. Enerfassung von § 10 Abs. 3 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG), um die Ausnahmegründe drastisch einzuschränken, wie folgt: „Von der Voraussetzung des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 6 ist abzusehen, wenn der Ausländer diese Voraussetzung aufgrund einer dauerhaften, objektiv nachweisbaren körperlichen oder geistigen Behinderung nicht erfüllen kann, die das Sprachlernen nachweislich unmöglich macht. Seelische Krankheiten und das Alter gelten nicht als Ausnahmegrund.“
2. Änderung von Kapitel 10.1.3 Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Staatsangehörigkeitsrecht (StAR-VwV), um ein standardisiertes, objektives Nachweisverfahren für alle Ausnahmen einzuführen, wie folgt: „Ausnahmen gemäß § 10 Abs. 3 StAG dürfen nur gewährt werden, wenn die Unfähigkeit, Sprachkenntnisse zu erwerben, durch ein standardisiertes Testverfahren nachgewiesen wird, das vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) entwickelt wird. Ärztliche Atteste allein sind nicht ausreichend; sie müssen durch einen Sprachlehrtest ergänzt werden, der die Unfähigkeit objektiv bestätigt.“
3. Verpflichtung der Einbürgerungsbehörden, sämtliche Ausnahmegenehmigungen zu dokumentieren und jährlich öffentlich zu berichten, um Missbrauch aufzudecken und die Akzeptanz in der Bevölkerung zu sichern
4. Ergänzend oder hilfsweise soll auf Landesebene eine Einführung strenger Prüfstandards durch entsprechende Verwaltungsvorschriften Bayern (z. B. im Bayerischen Ministerialblatt, BayMBI) geprüft und umgesetzt werden. Die Kreisverwaltungsbehörden in Bayern dürfen dann Ausnahmen gemäß § 10 Abs. 3 StAG nur gewähren, wenn die Unfähigkeit durch ein standardisiertes Gutachten eines vom Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) zugelassenen Facharztes nachgewiesen wird. Ausnahmen aufgrund von Alter oder seelischen Erkrankungen dürfen nur gewährt werden, wenn die Unfähigkeit durch eine standardisierte Sprachlernfähigkeitsprüfung des LGL bestätigt wird.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag innerhalb von drei Monaten einen Bericht über den Sachstand und die Umsetzung der geforderten Maßnahmen vorzulegen.

**Begründung:**

Die deutsche Sprache ist Kernbestandteil der kulturellen Identität unseres Landes. Ihre Kenntnis ist damit notwendig einzufordernde Fähigkeit für jeden Nicht-Deutschen, der die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben möchte. Der Nachweis ausreichender Sprachkenntnisse auf dem Niveau B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER) ist gemäß § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 des StAG eine maßgebliche Voraussetzung für eine Einbürgerung. Ausnahmen von dieser Regelung sind derzeit unter bestimmten Voraussetzungen möglich, etwa bei Vorlage ärztlicher Atteste, die eine dauerhafte Beeinträchtigung (z. B. Krankheit, Behinderung oder angebliche Traumatisierung) nachweisen. Es besteht der begründete Verdacht, dass diese Ausnahmeregelungen in zahlreichen Fällen missbraucht werden. Insbesondere ärztliche Atteste, die zweifelhaften Ursprungs sind oder angebliche Traumatisierungen bescheinigen, werden genutzt, um den Sprachtest zu umgehen. Solche Praktiken gefährden nicht nur die Integrität des Einbürgerungsverfahrens, sondern auch das Vertrauen der Bürger in die Rechtsstaatlichkeit und Fairness des Systems. Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf eine dringend notwendige bundesweite Reform hinzuwirken. Bayern muss hier eine Vorreiterrolle einnehmen, um bundesweit einheitliche und strenge Standards zu etablieren, die den hohen Anforderungen an den Spracherwerb für einbürgerungswillige Ausländer und den Erwartungen der Bürger gerecht werden. Die geforderten Maßnahmen zielen darauf ab, Missbrauch entschieden entgegenzutreten. Eine Engefassung der einschlägigen Vorschriften im StAG und StAR-VwV und/oder die rigorose Verschärfung der Prüfkriterien für Atteste auf Landesebene sowie eine lückenlose behördliche Kontrolle können sicherstellen, dass nur tatsächlich berechtigte Ausnahmen gewährt werden. Gleichzeitig bleibt die Möglichkeit, in seltenen Härtefällen Einzelfallentscheidungen zu treffen, erhalten, sofern diese streng dokumentiert und überprüfbar sind. Mittel- und langfristig muss es Ziel sein, der deutschen Staatsbürgerschaft ihren Charakter als ein hohes Gut zurückzugeben, das nur in Ausnahmefällen verliehen werden sollte. Die Berichtspflicht soll sicherstellen, dass der Landtag zeitnah über Fortschritte und Herausforderungen bei der Umsetzung informiert wird.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration**

**Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler u.a.  
und Fraktion (AfD)**  
Drs. 19/6617

**Missbräuchliche Umgehung von Sprachtests im Einbürgerungsverfahren wirk-  
sam unterbinden!**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatter: **Christoph Maier**  
Mitberichterstatter: **Alexander Hold**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 28. Sitzung am 22. Mai 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung  
FREIE WÄHLER: Ablehnung  
AfD: Zustimmung  
B90/GRÜ: Ablehnung  
SPD: Ablehnung  
Ablehnung empfohlen.

**Petra Guttenberger**  
Vorsitzende



**Beschluss  
des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler, Ramona Storm** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/6617, 19/7233

**Missbräuchliche Umgehung von Sprachtests im Einbürgerungsverfahren wirksam unterbinden!**

**Ablehnung**

Die Präsidentin

I.V.

**Tobias Reiß**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Abstimmung**

**über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsaordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Vorab ist über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Ein barrierefreies Gesundheitssystem für Bayern - UN-Behindertenrechtskonvention endlich umsetzen" auf Drucksache 19/5983 gesondert abzustimmen. Der federführende Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun kommen wir zur Gesamtabstimmung über die endgültige Abstimmungsliste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmungsliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmungsliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder  
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder  
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Europaangelegenheiten**

1. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Gerhard Hopp, Martin Wagle, Alex Dorow u.a. CSU  
Subsidiarität  
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2014/45/EU über die regelmäßige technische Überwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern und der Richtlinie 2014/47/EU über die technische Unterwegskontrolle der Verkehrs- und Betriebssicherheit von Nutzfahrzeugen, die in der Union am Straßenverkehr teilnehmen  
COM(2025) 180 final  
BR-Drs. 217/25  
Drs. 19/7283, 19/7430

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

2. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Europäischer Aktionsplan für die Cybersicherheit von Krankenhäusern und Gesundheitsdienstleistern  
COM(2025) 10 final  
BR-Drs. 77/25  
Drs. 19/5947, 19/7425

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Dem Vorhaben wird zugestimmt.  
Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

<b>CSU</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>AfD</b>	<b>GRÜ</b>	<b>SPD</b>
------------	-------------------------	------------	------------	------------

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

3. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur politischen Agenda für den Europäischen Forschungsraum 2025-2027  
COM(2025) 62 final  
BR-Drs. 132/25  
Drs. 19/6844, 19/7427

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

<b>CSU</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>AfD</b>	<b>GRÜ</b>	<b>SPD</b>
------------	-------------------------	------------	------------	------------

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

4. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Justiz und Grundrechte

Öffentliche Konsultation zur EU-Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen nach 2025

01.04.2025 - 24.06.2025

Drs. 19/6343, 19/7434

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, die auf Drs. 19/7434 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

**CSU**

**FREIE  
WÄHLER**

**AfD**

**GRÜ**

**SPD**



5. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Klimaschutz

Öffentliche Konsultation zur Überprüfung des EU-Emissionshandelssystems 1 (EHS1)

15.04.2025 - 08.07.2025

Drs. 19/6748, 19/7431

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, die auf Drs. 19/7431 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

**CSU**

**FREIE  
WÄHLER**

**AfD**

**GRÜ**

**SPD**



**Anträge**

6. Antrag des Abgeordneten Jörg Baumann AfD  
Abbau von Mehrarbeitsstunden bei der Bayerischen Polizei  
Drs. 19/5677, 19/7264 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,  
Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Ein barrierefreies Gesundheitssystem für Bayern –  
UN-Behindertenrechtskonvention endlich umsetzen  
Drs. 19/5983, 19/7265 (A)

**Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.**

8. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Holger Grießhammer,  
Anna Rasehorn u.a. SPD  
Hilfe für Menschen in seelischer Not:  
Sozialpsychiatrische Dienste in Unterfranken sichern!  
Drs. 19/6005, 19/7266 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

9. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath,  
Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU,  
Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u.a.  
und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Prävention stärken, Zukunft der Reha in Bayern sichern I:  
Pflegeausbildung auch in Reha-Kliniken und weiteren Einrichtungen  
Drs. 19/6144, 19/7267 (E)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

10. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Prävention stärken, Zukunft der Reha in Bayern sichern II:  
Reha-Kliniken in Krankenhausreform mitdenken  
Drs. 19/6145, 19/7268 (G)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

11. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Prävention stärken, Zukunft der Reha in Bayern sichern III:  
Wirtschaftliche Situation der Reha-Kliniken verbessern, Bürokratie abbauen  
Drs. 19/6146, 19/7279 (ENTH)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

12. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Prävention stärken, Zukunft der Reha in Bayern sichern IV:  
Digitale Transformation in den Reha-Einrichtungen unterstützen  
Drs. 19/6147, 19/7269 (E)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Sanierungsbedarf erheben – öffentliche Schwimmbäder erhalten  
Drs. 19/6169, 19/7256 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

**CSU**

**FREIE  
WÄHLER**

**AfD**

**GRÜ**

**SPD**

14. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hüting, Tanja Schorer-Dremel, Kerstin Schreyer u.a. CSU  
Digitale Speicherung von Leistungsnachweisen  
Drs. 19/6509, 19/7253 (E)  
Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

15. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)  
Umweltschäden verhindern:  
Aktives Gänsemanagement weiterentwickeln  
Drs. 19/6516, 19/7259 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

16. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Erkundung und Bewertung von natürlichen Wasserstoffvorkommen in Nordbayern  
Drs. 19/6542, 19/7260 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

17. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag  
Drs. 19/6563, 19/7231 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Für die Zukunft des Naturschutzes:  
Kenntnis der Artenvielfalt sichern – Nachwuchs fördern  
Drs. 19/6576, 19/7244 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Windkraftausbau und Naturschutz gemeinsam anpacken II:  
Anerkennung von Anti-Kollisionssysteme für Windenergieanlagen  
Drs. 19/6577, 19/7245 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Einsatz für Mengenschwelle für Biogas in der  
Störfall-Verordnung auf 25.000 kg anheben  
Drs. 19/6578, 19/7246 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Schnellerer Umstieg auf Pauschalierung  
bei der Finanzierung privater Förderschulen  
Drs. 19/6583, 19/7254 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

22. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Echter Bürokratieabbau statt teurer Alibimaßnahmen: Bayerischen Bürokratiebeauftragten und Bayerischen Normenkontrollrat abschaffen!  
Drs. 19/6592, 19/7232 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

23. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)  
Förderung von Tempo 50  
Drs. 19/6602, 19/7257 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

24. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)  
Erwerb von ICE 3 Zügen prüfen  
Drs. 19/6603, 19/7255 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

25. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)  
Gebrauchte Züge beim Vergabeverfahren der BEG berücksichtigen  
Drs. 19/6604, 19/7258 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

26. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler u.a. und Fraktion (AfD)  
Missbräuchliche Umgehung von Sprachtests  
im Einbürgerungsverfahren wirksam unterbinden!  
Drs. 19/6617, 19/7233 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

27. Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD  
Förderung von Hochwasserschutzmaßnahmen auch in bebauten Randgebieten: Rechtsklarheit und finanzielle Unterstützung für Kommunen schaffen  
Drs. 19/6671, 19/7249 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bericht zur aktuellen Lage des bayerischen Einzelhandels (insbesondere in strukturschwachen Regionen)  
Drs. 19/6684, 19/7261 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Umsetzung der Forderungen aus Bayern-Ei-Untersuchungsausschuss, ORH-Bericht und Coramentum-Gutachten  
Drs. 19/6688, 19/7250 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Psychosoziale Hilfen auf eine sichere und nachhaltige finanzielle Basis stellen!  
Drs. 19/6690, 19/7270 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/> ENTH				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------

31. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Alexander Flierl, Petra Högl u.a. CSU  
Bericht zu den Ergebnissen der 16. UN-Weltnaturkonferenz in Rom  
Drs. 19/6694, 19/7251 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

32. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. CSU  
Wirtschaftsentlastungen: Bürokratieabbau bei Melde- und Dokumentationspflichten nach der DSGVO auf EU-Ebene  
Drs. 19/6696, 19/7262 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<span style="border: 1px solid black; padding: 2px;">ENTH</span>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
EU-CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwerte abschaffen – Keine planwirtschaftlichen Vorgaben für die Automobilindustrie in Bayern, Deutschland und Europa  
Drs. 19/6697, 19/7263 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

34. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Petra Högl, Thomas Holz u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Bericht zur Umsetzung der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie  
Drs. 19/6698, 19/7252 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				